

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend  
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen  
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 11. März 2010

## Kaufleute dominieren

Warenbestände und Werbungskosten, Kundenberatung und Kalkulation: Mit diesen Themen beschäftigen sich viele Jugendliche in ihrer Ausbildung. Denn zu den zehn Berufen mit den meisten neuen Lehrverträgen im Jahr 2009 zählen gleich fünf kaufmännische. Am häufigsten vertreten ist der Einzelhandelskaufmann – jeder 18. neue Azubi begann im vergangenen Jahr eine Ausbildung zwischen Ladenlokal und Lager. Zahlenmäßig zulegen konnte von den Top Ten der Ausbildungsberufe allerdings nur der des Verkäufers. Rund 26.000 junge Leute haben

2009 diese Laufbahn eingeschlagen, das waren 5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Dass dagegen die Zahl der Verträge für die stark international ausgerichteten Groß- und Außenhandelskaufleute um mehr als 17 Prozent zurückging, dürfte im Wesentlichen auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen sein. Die ausbildungsstärksten Berufe sind übrigens nicht automatisch die begehrtesten: Das größte Gerangel herrscht seit Jahren bei den Ausbildungsplätzen zum Tierpfleger – auf je 100 Stellen kamen hier zuletzt mehr als 200 Bewerber.

## In dieser Woche

**Krankenstand:** Obwohl die Wirtschaft lahmte, waren die Beschäftigten im vergangenen Jahr öfter krank. So fehlten die Arbeitnehmer 2009 mehr Tage als im Jahr 2008 – als sie im Schnitt an 13,4 Kalendertagen krankgeschrieben waren. Die meisten blieben wegen Rücken- und Knieproblemen dem Arbeitsplatz fern. Seite 3

**Nachfrage & Produktion:** Der deutschen Konjunktur ist zum Ende des Jahres 2009 wieder die Puste ausgegangen. Vor allem der private Konsum verringerte sich spürbar. Doch auch die Investitionen schrumpften zuletzt um mehr als 7 Prozent. Nur der Export legte gegenüber dem Vorquartal kräftig zu. Seite 3

**Flexible Jobs:** Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse und Minijobs sind besser als ihr Ruf: Denn sie bieten vielen Arbeitslosen den Wiedereinstieg ins Berufsleben. Während die Zahl der Vollzeitstellen zuletzt konstant blieb, haben die flexiblen Jobs stark zugelegt. Seite 4-5

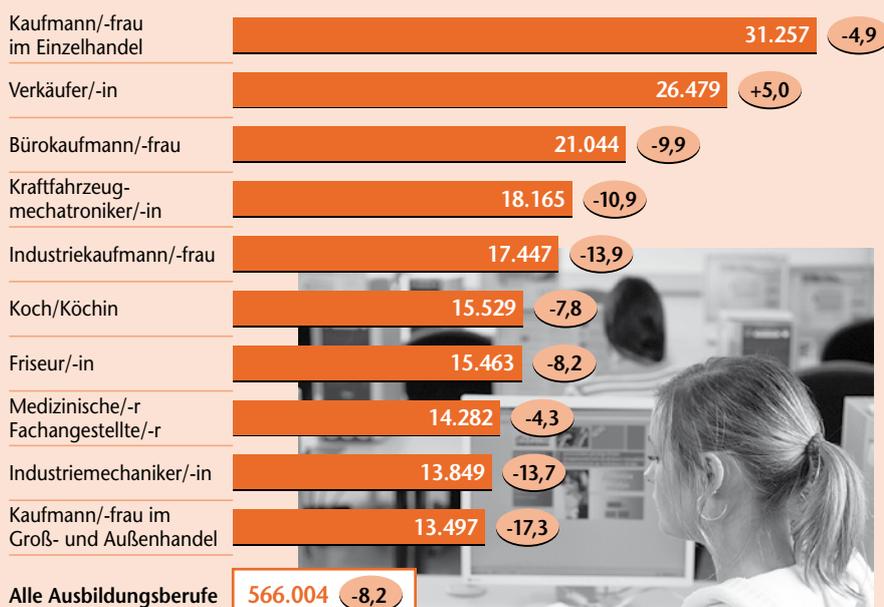
**Migranten:** Rund 338 Milliarden Dollar haben Auswanderer, die aus Entwicklungsländern kommen, im Jahr 2008 an ihre Familien nach Hause überwiesen. Damit sind die Kapitalströme der Migranten mehr als doppelt so groß wie die offizielle Entwicklungshilfe. Seite 6-7

**Subventionen:** Nachdem der Staat 2009 Bürgern und Unternehmen mit 29,5 Milliarden Euro unter die Arme griff, muss dieses Jahr gespart werden: Die Subventionen sollen um 5 Milliarden Euro sinken. Der ermäßigte Steuersatz für Hotelübernachtungen unterläuft dieses Vorhaben jedoch. Seite 8

## Berufsausbildung: Was die Jugend lernt

Neuabschlüsse in den zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen im Jahr 2009

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Stand: September 2009  
 Ursprungsdaten: Bundesinstitut für Berufsbildung

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · iwwd 10

## Krankenstand

# Wenn der Rücken rebelliert

**Seit seinem Tiefstand im Jahr 2006 ist der Krankenstand wieder stetig gestiegen. Selbst im Krisenjahr 2009 hielt der Trend an. Ein möglicher Grund ist der steigende Anteil älterer Beschäftigter, die besonders häufig mit Rücken- und Knieproblemen zu kämpfen haben. Allein auf solche Erkrankungen war zuletzt ein Viertel aller Fehltag zurückzuführen.**

Der Krankenstand gilt landläufig als Spiegel der Konjunktur. Wenn die Wirtschaft schwächelt, würden sich die Beschäftigten demnach aus Angst vor einem Jobverlust selbst in angeschlagenem Zustand zur Werkbank und an den Schreibtisch schleppen. Soll diese These überzeugen, müssten die Arbeitnehmer aber auch eher mal „krankfeiern“, wenn die Konjunktur wieder rundläuft.

Die Zahlen des Bundesverbands der Betriebskrankenkassen (BKK) – dieser wertet jedes Jahr die „gelben Scheine“ aus, die die BKK-Versicherten ihrem Arbeitgeber vorlegen – bestätigen diese Vermutung jedoch nicht. Obwohl Wirtschaft und Arbeitsmarkt 2006 brummen,

erreichte der Krankenstand im selben Jahr den tiefsten Wert seit der Wiedervereinigung – die über die BKK pflichtversicherten Beschäftigten meldeten sich nur noch an durchschnittlich 12,4 Kalendertagen krank.

Die Entwicklung danach passt ebenfalls nicht ins populäre Bild. Obwohl spätestens ab dem zweiten Halbjahr 2008 die Wirtschaftskrise Deutschland fest im Griff hielt, zählten die BKK zuletzt wieder deutlich mehr Fehltag:

**Im Jahr 2008 war jedes BKK-Mitglied im Schnitt an 13,4 Kalendertagen krankgeschrieben.**

Und auch im Jahr 2009 zeigte der Trend nach oben: In den ersten drei Quartalen blieben an jedem Tag im Schnitt 3,9 Prozent der beschäftigten BKK-Pflichtmitglieder aus gesundheitlichen Gründen der Arbeit fern – das waren 0,1 Prozentpunkte mehr als 2008 und 0,3 Punkte mehr als 2006.

Der Anstieg der Krankheitsfälle ließe sich bis zum Ende des vergangenen Aufschwungs noch am ehesten damit erklären, dass die Unternehmen viele

zusätzliche Mitarbeiter eingestellt haben. Denn wer neu in einen Betrieb kommt, kann mit den dortigen Gefahrenquellen – z.B. unbekanntem Maschinen oder besonderen baulichen Gegebenheiten – nicht immer sofort gut umgehen. Ein Indiz hierfür: Parallel zum Krankenstand legte in den vergangenen Jahren auch die Zahl der Arbeitsunfälle leicht zu.

Mittlerweile hat die jüngste Konjunkturkrise jedoch zu Stellenkürzungen geführt, und die bis 2008 rekrutierten Beschäftigten sollten ihre Arbeitsmittel inzwischen sicher beherrschen. Daher müssen andere Gründe dafür maßgeblich sein, dass die Beschäftigten zuletzt länger oder häufiger malade waren.

**Zum einen** fehlen immer mehr Arbeitnehmer aufgrund psychischer Störungen. Im Jahr 2008 waren 10 Prozent aller Krankheitstage auf gestresste Seelen zurückzuführen – gegenüber 8,5 Prozent im Jahr 2006. Dies könnte beispielsweise an den steigenden Arbeitsanforderungen infolge des zunehmenden Wettbewerbsdrucks liegen.

**Zum anderen** sind im vergangenen Konjunkturrhoch viele ältere Arbeitskräfte eingestellt worden – die Belegschaften sind also tendenziell älter geworden. Mit der Zahl der Lebensjahre nehmen jedoch in der Regel auch die körperlichen Beschwerden zu. Dies gilt vor allem für Probleme mit dem Rücken oder den Knien (Grafik):

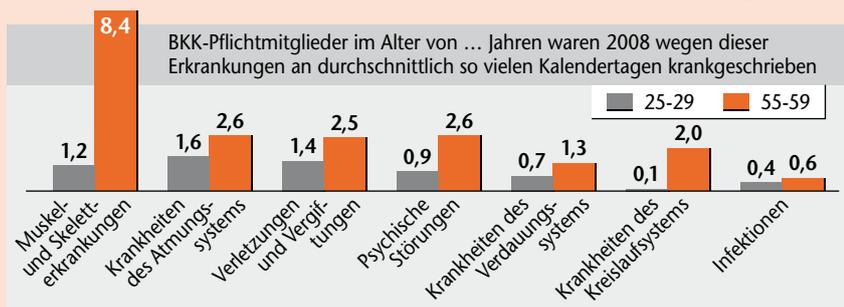
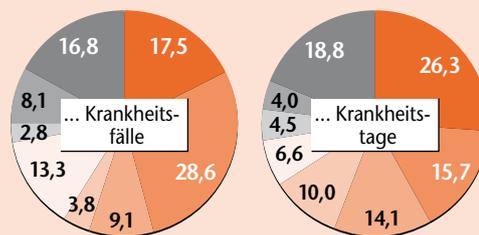
**Die 55- bis 59-jährigen BKK-Versicherten konnten 2008 im Schnitt an 8,4 Kalendertagen wegen Muskel- und Skeletterkrankungen nicht zur Arbeit gehen – die 25- bis 29-Jährigen fehlten aus diesem Grund gerade mal 1,2 Tage.**

In Zukunft könnten die Unterschiede zwischen den Generationen aber kleiner werden – schließlich hat sich die Arbeitswelt gewandelt und die Vorsorge vor Krankheiten nimmt heute einen viel größeren Raum ein als vor 20 oder 30 Jahren. So helfen z.B. ergonomischere Arbeitsbedingungen und das betriebliche Gesundheitsmanagement, orthopädischen Schäden vorzubeugen.

## Erkrankungen: Oft spielen die Knochen nicht mehr mit

Bei den BKK-Pflichtmitgliedern entfielen 2008 so viel Prozent aller ... auf folgende Krankheitsarten

- ▲ Muskel- und Skeletterkrankungen
- ▲ Krankheiten des Atmungssystems
- ▲ Verletzungen und Vergiftungen
- ▲ Psychische Störungen
- ▲ Krankheiten des Verdauungssystems
- ▲ Krankheiten des Kreislaufsystems
- ▲ Infektionen
- ▲ Sonstige



BKK-Pflichtmitglieder: beschäftigte Pflichtversicherte einer Betriebskrankenkasse, ohne Rentner und Arbeitslose; Krankheitstage: Kalendertage, d.h. einschließlich Krankschreibungen an Wochenenden und Feiertagen; Quelle: BKK-Bundesverband

## Nachfrage & Produktion: Aufschwung pausiert



# Die Konjunktur

Die deutsche Wirtschaft musste auf ihrem Weg aus der Krise im Schlussquartal 2009 einen Rückschlag hinnehmen. Vor allem die privaten Haushalte verringerten ihre Konsumausgaben spürbar. Die staatlichen Versuche, die Konjunktur zu beleben, waren damit nur für kurze Zeit erfolgreich.

Der deutschen Konjunktur ist zum Ende des Jahres 2009 wieder die Luft ausgegangen. Nachdem das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt im zweiten und dritten Quartal gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr jeweils gestiegen war, trat es im Schlussquartal auf der Stelle.

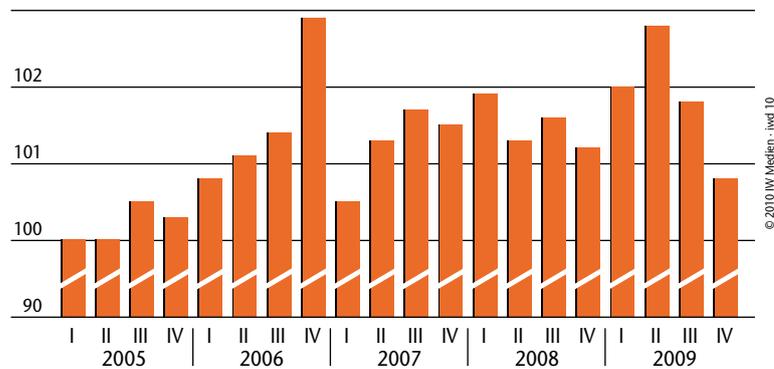
Hinter dieser Stagnation stehen allerdings zwei unterschiedliche Entwicklungen: Auf der einen Seite legten die Exporte im Zeitraum Oktober bis Dezember 2009 gegenüber dem Vorquartal kräftig zu und die Importe gaben nach. Für sich betrachtet, hätte der Außenhandel damit für ein 2-prozentiges Wirtschaftswachstum gesorgt.

Auf der anderen Seite bremste jedoch die geringere Inlandsnachfrage die Wirtschaftsleistung in gleichem Ausmaß. Dieser Rückgang war auf breiter Front zu beobachten. So schrumpften die Investitionen im vierten Quartal 2009 um mehr als 7 Prozent. Dies lag vor allem daran, dass die Unternehmen ihre Lager abbauten. Die Firmen investierten jedoch auch 1,5 Prozent weniger in neue Maschinen und Anlagen, und die Bauinvestitionen sanken trotz der umfangreichen staatlichen Konjunkturpakete um 0,5 Prozent.

Ebenso ging es mit dem privaten Konsum wieder bergab. Im ersten und zweiten Quartal des vergangenen Jahres hatte der Staat die Kaufkraft der Verbraucher noch kurzfristig heben können – z.B. mithilfe der Abwrackprämie und des Kindergeldzuschusses. Von Dauer war dieser Trend jedoch nicht: Zum Jahresende 2009 sackte der reale private Konsum auf das niedrigste Niveau seit Anfang 2007.

## Privater Konsum: Die Luft ist raus

Preis- und saisonbereinigte Werte, 1. Quartal 2005 = 100

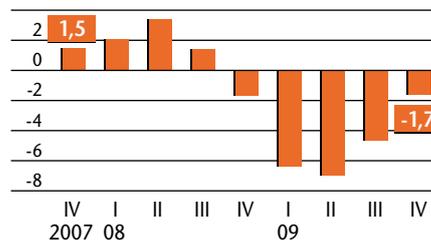


Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Bruttoinlandsprodukt

Quartalswerte – reale Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Jahreswerte – reale Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2007	2008	2009
	2,5	1,3	-5,0

Verwendung des Inlandsprodukts  
Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent  
IV. Quartal 2009

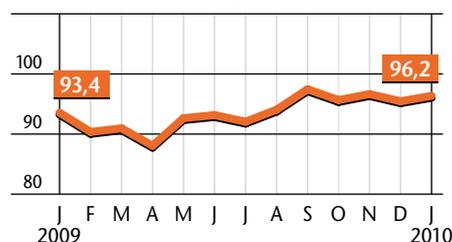
Inlandsnachfrage	-2,8
Privater Konsum	-0,1
Staatlicher Konsum	+2,6
Ausrüstungsinvestitionen	-17,9
Bauinvestitionen	+3,3
Sonstige Anlagen	+5,7
Ausfuhr	-3,8
Einfuhr	-6,5

Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Industrieproduktion

Monatswerte  
2005 = 100; saisonbereinigt



Jahreswerte – 2005 = 100; arbeitstäglich bereinigt	2007	2008	2009
	113,1	113,4	93,1

Produktion nach Wirtschaftsgruppen  
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent  
Januar 2010

Industrie	3,1
– Vorleistungsgüter	7,9
– Investitionsgüter	0,4
– Gebrauchsgüter	4,9
– Verbrauchsgüter	-2,2
Energie	1,6
Bauhauptgewerbe	-16,5
Produzierendes Gewerbe	2,2
arbeitstäglich bereinigte Werte	

Industrie: Produzierendes Gewerbe ohne Energie und Bauleistungen  
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Flexible Jobs

## Sprungbrett in den Beruf

**In den vergangenen zehn Jahren wurden keineswegs massenhaft Vollzeitstellen in Billigjobs umgewandelt, wie immer behauptet wird. Vielmehr sind im Aufschwung viele flexible Stellen entstanden, die unqualifizierte Arbeitslose von der Straße gebracht haben. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, die sich auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels stützt.\*)**

Auch wenn sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt eingetrübt hat – der wirtschaftliche Aufschwung der Jahre 2006 bis 2008 hat einen beispiellosen Beschäftigungsaufbau gebracht, der bis heute zu spüren ist. So entstanden bis 2008 über 1,4 Millionen neue Jobs. Dabei stieg – anders als im New-Economy-Boom von 1998 bis 2000 – die Erwerbstätigkeit nicht mehr überwiegend durch neue Minijobs: Es gab vielmehr 1,3 Millionen neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Noch im Jahr 2005 war die Zahl der Arbeitslosen in manchen Monaten über die 5-Millionen-Marke geklettert. Nicht wenige spekulierten seinerzeit darüber, wann die 6-Millionen-Grenze fallen würde. Doch nur drei Jahre mit einem einigermaßen passablen Wirtschaftswachstum reichten aus, um dieses Bild gründlich zu ändern. Im Herbst 2008 fiel die Arbeitslosigkeit erstmals seit 1992 wieder unter die 3-Millionen-Grenze.

Diese Erfolge hatten zwar nicht ausschließlich, aber auch mit den Reformen der Agenda 2010 zu tun. So wurde etwa die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld I gekürzt. Dadurch stieg der Anreiz, sich schneller eine neue Stelle zu suchen.

Und doch steht das Reformwerk vielerorts in dem Ruf, die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlimmert zu haben. Eine häufig vorgebrachte Kritik lautet: Immer weniger Menschen finden eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitstelle, immer mehr werden in Billigjobs und Armut gedrängt.

Ein Teil dieses offenkundigen Widerspruchs zwischen Wahrnehmung und Realität ist auf ungenaue Begrifflichkeiten zurückzuführen. Üblich ist in der Arbeitsmarktforschung eine Zweiteilung des Arbeitsmarkts in „Normalarbeitsverhältnisse“ und „atypische Beschäftigung“. Das Normalarbeitsverhältnis ist dabei eine abhängige, unbefristete Vollzeitbeschäftigung. Der Rest wird als atypisch klassifiziert.

Doch diese Zweiteilung geht an der Wirklichkeit und am Empfinden der Menschen vorbei. So arbeitet fast die Hälfte der Frauen Teilzeit – zum großen Teil gewollt. Die Vollzeitbeschäftigung ist für diese Gruppe also keineswegs der Normalfall.

Auch Zeitarbeiter werden üblicherweise als atypisch Beschäftigte klassifiziert, obwohl sie in der Regel von ihrem Arbeitgeber einen unbefristeten

Vollzeitvertrag erhalten. Außerdem sind sie in allen vier Sozialversicherungszweigen angemeldet – der Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung.

Sinnvoller ist es daher, die Erwerbsformen anhand von drei klaren Kriterien abzugrenzen: dem Umfang der Arbeitszeit, der Stellung im Beruf, der Befristung des Arbeitsverhältnisses. Zwar scheinen die entsprechenden Daten des Sozio-oekonomischen Panels die Vorurteile zunächst zu bestätigen. Denn zuletzt hatten nur noch gut 50 Prozent der abhängig Beschäftigten einen unbefristeten Vollzeitvertrag – 1993 waren es immerhin 60 Prozent. Rund 27 Prozent der Arbeitnehmer waren hingegen unbefristet teilzeitbeschäftigt oder befristet und unbefristet geringfügig beschäftigt – das waren 9 Prozentpunkte mehr als Mitte der 1990er Jahre.

Aus der Verschiebung von Anteilen lässt sich jedoch nicht ableiten, dass flexible Erwerbsformen wie die Teilzeit oder die befristete Beschäftigung auf Kosten der unbefristeten Vollzeitbeschäftigung wachsen. Denn es kann ja sein, dass die Zahl der flexiblen Jobs gestiegen ist – und sich ansonsten nichts getan hat. Das lässt nach Adam Riese den Anteil der Normalarbeitsverhältnisse schrumpfen.

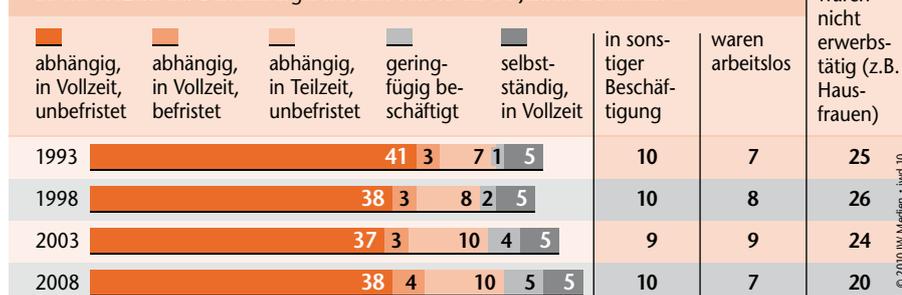
Und genau so war es. Belegen lässt sich dies und anderes ebenfalls mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels:

• **Vollzeitarbeitsbeschäftigung stabil.** Wenn man die Arbeitsplätze auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezieht, nimmt die Bedeutung von Teilzeitarbeit, Minijobs und befristeter Beschäftigung zu. Dieses Wachstum geht jedoch nicht zulasten der unbefristeten Vollzeitbeschäftigung (Grafik).

Vielmehr ist der Anteil derjenigen gesunken, die – wie etwa Hausfrauen – dem Arbeitsmarkt zuvor gar nicht zur Verfügung standen. Das lässt nur einen Schluss zu: Menschen, die zuvor – aus welchen Gründen auch immer – keinen

### Beschäftigung: Vollzeit bleibt die Regel

So viel Prozent der Bundesbürger im Alter von 15 bis 64 Jahren arbeiteten ...



Sonstige Beschäftigung: zum Beispiel befristet Teilzeitbeschäftigte oder Beamte in Teilzeit  
 Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

 Institut der deutschen  
 Wirtschaft Köln

\*) Vgl. Holger Schäfer: Sprungbrett oder Sackgasse? – Entwicklung und Strukturen von flexiblen Erwerbsformen in Deutschland, in: IW-Trends 1/2010

Job hatten, sind überwiegend auf den flexiblen Stellen untergekommen.

Auch ein weiteres Befragungsergebnis liefert keine Hinweise darauf, dass unbefristete Vollzeitstellen verstärkt in andere Stellen umgewandelt wurden:

**Rund 78 Prozent der Personen, die im Jahr 2003 einen unbefristeten Vollzeitjob hatten, waren auch 2008 noch in einem solchen Vertragsverhältnis.**

Dieser Anteil der „stabilen“ Beschäftigung hat sich gegenüber den vorangegangenen Fünfjahreszeiträumen sogar vergrößert: Von 1998 bis 2003 waren nur 73 Prozent und von 1993 bis 1998 lediglich 69 Prozent der Beschäftigten fortgesetzt unbefristet und Vollzeit tätig.

Die befristet angestellten Arbeitnehmer mit einem ungekürzten Wochenpensum wechselten hingegen weit häufiger die Erwerbsform. Meist konnten sie sich verbessern, denn jeder Zweite schaffte innerhalb von fünf Jahren den Sprung in eine unbefristete Vollzeitstelle. Auch Teilzeitbeschäftigte ohne Befristung stiegen oft auf einen unbefristeten Vollzeitjob um.

• **Sprungbrett für Unqualifizierte.** Die flexiblen Erwerbsformen sind besser als ihr Ruf: Sie dienen vielfach als Sprungbrett in eine unbefristete Ganztagsstelle. So wechselten zwischen 2003 und 2008 insgesamt rund 1,8 Millionen Erwerbstätige aus einer flexiblen Erwerbsform in eine unbefristete, abhängige oder beamtete Vollzeitbeschäftigung. Den umgekehrten Weg beschränkten nur 1,65 Millionen Erwerbstätige.

Ein Sprungbrett sind Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, befristete Beschäftigung und Selbstständigkeit aber auch für Arbeitslose auf dem Weg zurück in den Beruf: Denn 1,1 Millionen Menschen, die im Jahr 2003 keinen Job hatten, waren 2008 solchermaßen beschäftigt. Umgekehrt wurden aber nur 600.000 Erwerbstätige aus flexiblen Erwerbsformen arbeitslos.

Weil besonders viele Arbeitslose über flexible Erwerbsformen in den Arbeitsmarkt zurückgekehrt sind, finden sich in diesem Segment überdurchschnittlich viele Arbeitnehmer mit beruflichen Schwächen. So ist der Anteil der Erwerbstätigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung bei den geringfügig Beschäftigten überdurchschnittlich, der Anteil der Aka-

demiker hingegen unterdurchschnittlich (Grafik).

• **Lohnhöhe.** Unbefristete Vollzeitkräfte, Beamte und Selbstständige erwirtschaften einen höheren Stundenlohn als Befristete, Teilzeitkräfte und geringfügig Beschäftigte. Das ist jedoch nicht nur eine Folge der Qualifikationsdefizite. Hinzu kommt, dass diese Gruppe längst nicht so lange im selben Betrieb tätig ist wie andere Arbeitskräfte. Damit sind tendenziell geringere Löhne und weniger innerbetriebliche Aufstiegschancen verbunden.

Teilzeiter arbeiten überdies besonders häufig im Dienstleistungsbereich und in kleineren Betrieben, wo das Lohnniveau niedriger ist als in der Industrie oder großen Unternehmen.

Dementsprechend sind die Beamten die Topverdiener mit einem Stundenlohn von über 17 Euro, gefolgt von Vollzeit-Selbstständigen mit 15 Euro und unbefristet Vollzeitbeschäftigten mit 14 Euro. Befristet Vollzeitbeschäftigte und unbefristet Teilzeitbeschäftigte müssen dagegen Lohnabschläge von 27 bzw. 21 Prozent gegenüber den unbefristeten Vollzeitern hinnehmen.

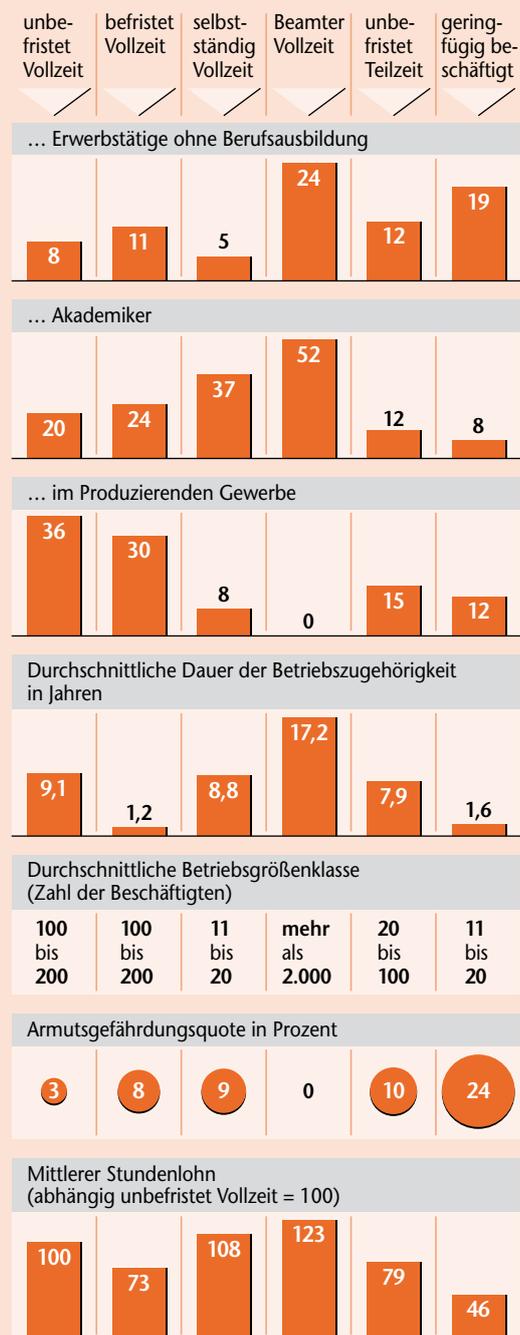
**Minijobber verdienen pro Stunde im Mittel sogar weniger als die Hälfte eines unbefristet Vollzeitbeschäftigten.**

Die Lohnabstände wirken sich auch auf die Lebensumstände der Arbeitnehmer aus. So ist jeder vierte geringfügig Beschäftigte armutsgefährdet. Als armutsgefährdet gelten Haushalte, die weniger als 60 Prozent des mittleren Haushaltseinkommens haben. Bei den Arbeitslosen z. B. fallen fast zwei Drittel unter die Armutsgefährdungsgrenze.

Die Vermutung, dass die Hartz-Reformen die Löhne für einfache Jobs unter Druck gesetzt haben, ist zwar nicht zu beweisen – sie liegt aber nahe. Da die Reformen zu mehr Beschäftigung in

## Wer wo wie beschäftigt ist

So viel Prozent der Erwerbstätigen mit dieser Erwerbsform sind ...



Stand: 2008; Armutsgefährdungsquote: Anteil der Personen mit einem nach der Haushaltsgröße gewichteten Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens  
 Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

diesem Bereich geführt haben und dadurch sehr viele unqualifizierte Arbeitslose in den Arbeitsprozess eingegliedert werden konnten, kann sich der zusätzliche Angebotsdruck durchaus auf die Löhne ausgewirkt haben. Doch der Preis ist nicht zu hoch: Die soziale Lage dieser Erwerbstätigen ist durchweg besser als die von Arbeitslosen.

## Neue Verpackung, bewährter Inhalt



Bei „fit für die wirtschaft“ gibt es Unterricht einmal anders. Im Unterrichtsprojekt der Institut der deutschen Wirtschaft Köln JUNIOR GmbH bringen Bankmitarbeiter Praxiswissen in die Schulräume der 8. und 9. Klassen allgemeinbildender Schulen. Spielerisch und mit Übungen erarbeiten die Geldexperten mit den Schülern wirtschaftliche und finanzielle Themen.

Seit dem 22. Februar 2010 wird dieses Wirtschaftstraining von der Targobank gefördert, dem Nachfolger der Citybank Deutschland. Der Namenswechsel war notwendig, da das Kreditinstitut seit Dezember 2008 zur französischen Genossenschaftsbank Crédit Mutuel gehört.

Für die Schüler geht es jedoch mit dem bewährten Unterricht weiter. Sie lernen bei „fit für die wirtschaft“ nicht nur die Wechselwirkungen von Angebot und Nachfrage kennen, sondern bekommen Tipps zur eigenen Budgetplanung und wie sie es schaffen können, nicht in die Schuldenfalle zu tappen. Auch die spätere Berufswahl ist Thema – angefangen vom Traumberuf bis hin zum Bewerbungstraining.

Ausgewählt wurden die Inhalte des Unterrichtsprojekts auf Basis des weltweit anerkannten Bildungsprogramms der US-amerikanischen Nonprofit-Organisation Junior Achievement Worldwide. Gemeinsam mit Lehrern wurde das Material auf deutsche Schulen zugeschnitten; zudem wird es laufend aktualisiert und überarbeitet. Zusätzlich werden in den Seminaren immer wieder Fragen zur aktuellen Lage in der Finanzwirtschaft diskutiert. Alle Themen stimmen die sogenannten Wirtschaftstrainer vorher mit den Lehrern ab, die dann auch an der Stunde teilnehmen.

Der etwas andere Unterricht kommt gut an: Mehr als 80 Prozent der Schüler, die am Kurs teilgenommen haben, hatten einer Umfrage zufolge Spaß an „fit für die wirtschaft“ und würden noch einmal mitmachen.

Im aktuellen Schulhalbjahr gehen bundesweit wieder 55 Klassen an den Start. Bisher haben rund 1.500 Klassen mit etwa 37.000 Schülern an dem Unterrichtsprojekt teilgenommen. Dabei standen ihnen insgesamt 1.000 Bankmitarbeiter Rede und Antwort, die für diese Aufgabe von der Targobank freigestellt wurden.

Mehr Informationen gibt es bei:  
Eva Schlieper · Telefon: 0221 49 81-696  
schlieper@iwkoein.de  
www.fitfuerdiwirtschaft.de

# Migranten Familiäre Entwicklungshilfe

**Migranten, die Geld nach Hause schicken, helfen damit ihren daheim gebliebenen Familien. Außerdem erhöht sich durch die Überweisungen das allgemeine Einkommensniveau im Heimatland. Gleichzeitig verlieren die betreffenden Staaten jedoch oft kluge Köpfe für immer – denn hochqualifizierte Migranten bleiben häufiger im Ausland.**

Amerika, Europa – wer es bis dorthin geschafft und auch noch einen Job hat, auf dem ruhen manchmal die Hoffnungen einer ganzen Familie in Südamerika oder Asien. Weltweit gibt es rund 200 Millionen Migranten – drei Viertel von ihnen haben sich auf den Weg gemacht, um in einem anderen, höher entwickelten Land bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen als zu Hause zu finden.

Hinter der Auswanderung steht oft auch eine Art Familienstrategie. Denn sobald der Auswanderer eine Arbeitsstelle im Gastland gefunden hat, kann er seine Nächsten finanziell unterstützen – mit sogenannten Rücküberweisungen:

**Laut Weltbank haben Migranten aus Entwicklungsländern im Jahr 2008 rund 338 Milliarden Dollar zu ihren Familien nach Hause geschickt.**

Insgesamt kamen rund 444 Milliarden US-Dollar weltweit in die jeweiligen Herkunftsländer. Die größten Summen

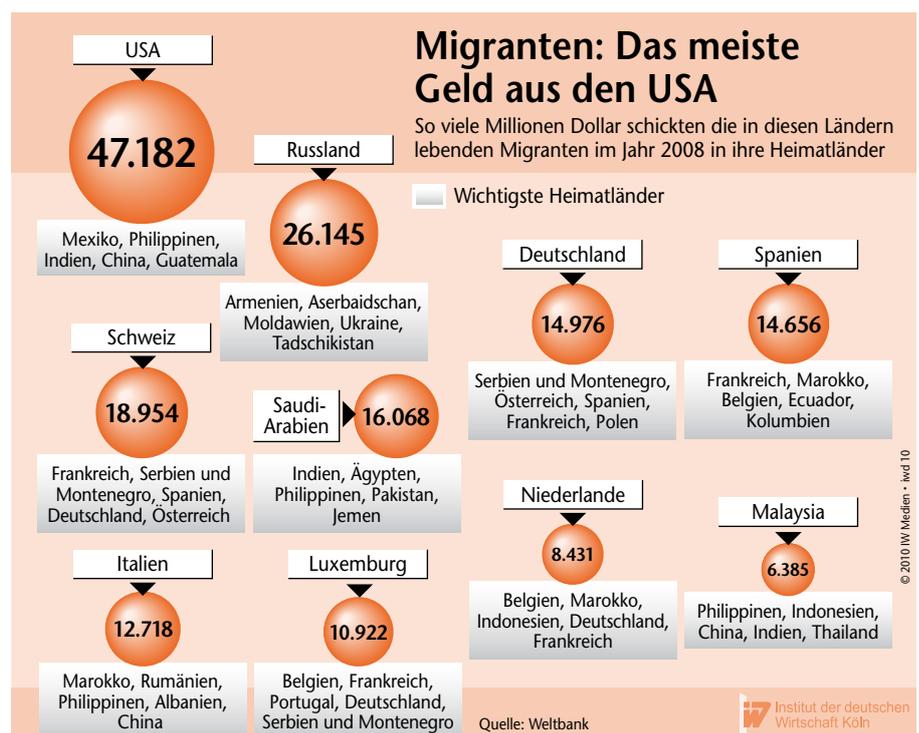
überwiesen Migranten, die in den USA, Russland, der Schweiz, Saudi-Arabien und Deutschland arbeiteten (Grafik).

Das Geld aus der Ferne hat daheim eine Reihe von positiven Effekten: Kinder werden zur Schule statt zur Arbeit geschickt, die Familie hat mehr zu essen auf dem Tisch und kann sich auch teure Arztbesuche leisten. Unterm Strich hat sich gezeigt:

**Steigen die durchschnittlichen Überweisungen der Migranten um 10 Prozent an, sinkt das Armutsniveau im Heimatland um 3,5 Prozent.**

Das meiste Geld schicken aus Indien, China und Mexiko stammende Migranten: Im Jahr 2008 flossen 26 bis 50 Milliarden Dollar in diese Länder. Aber auch die Industrienation Deutschland gehört mit 11 Milliarden Dollar im Jahr 2008 zu den Top-Empfängerstaaten.

Für kleinere Volkswirtschaften sind die Überweisungen der Migranten ein



ziemlich großer Brocken, so zum Beispiel für Tadschikistan (Grafik):

**Die jährlichen Überweisungen entsprechen fast 50 Prozent des tadschikischen Bruttoinlandsprodukts.**

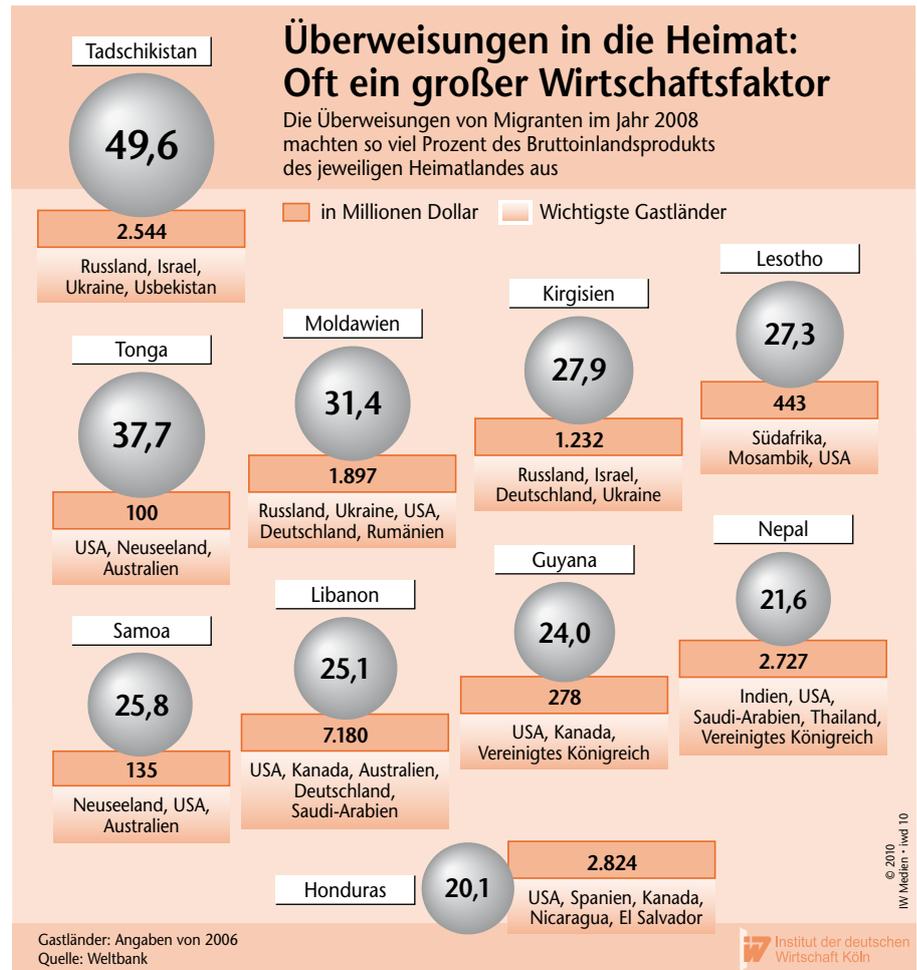
Die monetären Finanzströme füllen aber nicht nur die Kassen der Familien auf, sondern verbessern auch die Haben-Seite der Zahlungsbilanz der Zielländer. Zudem sind die Überweisungen im Gegensatz zu ausländischen Investitionen relativ stabil: Während Letztere im Allgemeinen starken Schwankungen unterliegen und in Krisen einbrechen, entwickeln sich die Überweisungen antizyklisch und steigen in Zeiten von konjunkturellen Krisen oder Umweltkatastrophen im Herkunftsland der Auswanderer sogar an. Die Söhne und Töchter in Übersee leisten somit eine Art familiäre Entwicklungshilfe und übertreffen damit bei weitem die Zahlungen von Weltbank, Deutschem Entwicklungsdienst und anderen Organisationen zusammen:

**Der Anteil der Überweisungen der Migranten an den Kapitalströmen in die Entwicklungsländer ist mit 28 Prozent mehr als doppelt so hoch wie die offizielle Entwicklungshilfe.**

Wie das Geld im Heimatland verwendet wird, hängt vom Bildungsniveau der Migranten ab: Da Geringqualifizierte oft aus Familien mit einem niedrigen Einkommen stammen, sichern ihre Überweisungen den Daheimgebliebenen oft nur das tägliche Brot und zusätzliche Konsumausgaben. Das Geld mittelqualifizierter Migranten hingegen wird häufig gespart oder in Investitionen wie etwa eine Immobilie gesteckt. Schicken Hochqualifizierte Dollar und Euro nach Hause, dann werden diese Mittel eher für sogenannte produktive Investitionen genutzt, also zum Beispiel Existenzgründungen. Diese „Aufbauhilfe“ mindert den Verlust der abgewanderten, gut ausgebildeten Arbeitskraft ein wenig.

Genau dieser Verlust ist aber eine der Kehrseiten der Migration: Dem Heimatland gehen kluge Köpfe verloren. Zumal die Hochqualifizierten auch mal im Gastland sesshaft werden – und dann ihre Familien nachholen und somit den Kontakt zur Heimat noch mehr reduzieren.

Außerdem ist ein weiterer Trend zu erkennen: Die höchsten Summen über-



weisen Menschen, die nur temporär in einem anderen Land arbeiten. So kamen von den knapp 15 Milliarden Dollar, die Migranten 2008 von Deutschland aus ins Ausland überwiesen, gut zwei Drittel von ausländischen Arbeitnehmern, die sich weniger als ein Jahr in der Bundesrepublik aufhielten.

Ein weiteres Problem der grenzüberschreitenden Überweisungen ist, dass die Familien auf Dauer abhängig werden können vom Geldfluss aus der Ferne und daraufhin mit weniger Ehrgeiz an ihre eigene Arbeit gehen. Eine Untersuchung des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts zeigt beispielsweise, dass Bauern in Kenia, die Überweisungen aus dem Ausland erhielten, deutlich schlechtere Erträge erzielten als Bauern ohne zusätzliche finanzielle Zuwendungen.

Ein anderer Haken: Durch die Geldsendungen steigt die Nachfrage nach der Währung im Empfängerland, was die Währung aufwertet. Dadurch wiederum werden die Waren aus diesem Land teurer – und der Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz härter.

Nicht zuletzt trifft die dauerhafte Abwanderung junger Menschen besonders einkommensschwache Länder mit einem niedrigen Anteil an Hochqualifizierten. So sind 30 Prozent der erwerbsfähigen Männer aus Tadschikistan als Bauarbeiter im benachbarten Russland beschäftigt. Würden in Russland beispielsweise krisenbedingt viele Arbeiter entlassen, ständen plötzlich viele Tadschiken ohne Lohn und Brot da und würden den heimischen Arbeitsmarkt überfluten.

Auch wenn sich die Überweisungen der Migranten meist recht krisenresistent gezeigt haben – die Weltbank schätzt, dass 2009 die Höhe der Rücküberweisungen in die Entwicklungsländer von 338 auf 317 Milliarden Dollar – also um mindestens 6 Prozent – zurückgegangen ist. Dies lag der Weltbank zufolge zum einen an den sinkenden Rücküberweisungen aus den USA und Spanien nach Lateinamerika infolge der Krise in der Bauindustrie. Zum anderen reduzierten sich die Transfers der in Russland beschäftigten Migranten aus Zentralasien, weil der russische Rubel an Wert verloren hat.

## Subventionen

# Prioritäten falsch gesetzt

**Im Zuge der Wirtschaftskrise hat der deutsche Staat seine Subventionen deutlich ausgeweitet: Im Jahr 2009 unterstützte er die Verbraucher sowie einzelne Branchen mit der Rekordsumme von insgesamt 29,5 Milliarden Euro. Allein für die Abwrackprämie machte der Bund 5 Milliarden Euro locker.**

Das vergangene Jahr war in vielerlei Hinsicht ein Jahr der Negativrekorde: Die heimische Wirtschaft erlitt den heftigsten Einbruch seit fast 80 Jahren – die Bundesregierung reagierte darauf mit umfangreichen Konjunkturpaketen. Diese finanziellen Ad-hoc-Hilfen haben dazu geführt, dass die Subventionen nach einem moderaten Rückgang im Jahr 2008 zuletzt auf ein neues Rekordhoch kletterten:

**Die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes legten 2009 um rund 6 Milliarden Euro auf insgesamt 29,5 Milliarden Euro zu.**

Der 22. Subventionsbericht zeigt, dass hiervon insbesondere die gewerbliche Wirtschaft profitiert hat: Die ihr gewährten Staatshilfen stiegen von 13,8 Milliarden Euro im Jahr 2008 auf 19,4 Milliarden Euro an. Maßgeblich nach oben getrieben wurde das Volumen durch die Umweltprämie zur Stärkung der Pkw-Nachfrage, die sich der Bund 5 Milliarden Euro kosten ließ. Diese Abwrackprämie machte gut vier Zehntel aller Finanzhilfen des Bundes aus.

Doch neben der Automobilindustrie kamen auch andere Sektoren in den Genuss zusätzlicher Gelder. Vor allem Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien wie der Solar- und Windenergie konnten sich in der Vergangenheit über ein Plus an staatlicher Hilfe freuen: Der Anteil der Bundessubventionen, der auf diese Branche entfiel, verdoppelte sich binnen Jahresfrist nahezu von 1,2 Prozent auf zuletzt 2,2 Prozent.

Nachdem die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen 2009 einen neuen Höchststand erreichten, soll dieses Jahr nach dem Willen von Finanzminister Wolfgang Schäuble gespart werden (Grafik):

**Ziel ist, die Subventionen im Jahr 2010 um rund 5 Milliarden Euro zurückzufahren.**

Erreicht wird dieses Unterfangen hauptsächlich dadurch, dass keine Abwrackprämie mehr gezahlt wird. Auch bei der Solarförderung beschloss das Bundeskabinett eine Kürzung. In nahezu allen anderen Sektoren ist Subventionsabbau hingegen ein Fremdwort. Die von der öffentlichen Hand ohnehin seit Jahrzehnten kräftig unterstützte Landwirtschaft beispielsweise erhält in diesem Jahr noch mal 450 Millionen Euro zusätzliche Hilfen, die im Rahmen des sogenannten Grünlandmilchprogramms sowie der Agrardieselsubventionierung gewährt werden. Mit dem ermäßigten Steuersatz für Hotelübernachtungen hat die Bundesregierung zudem eine gänzlich neue Form der staatlichen Unterstützung erfunden.

Das originäre Ziel von Subventionen ist, mittels Anpassungshilfen den Strukturwandel zu erleichtern; darüber hinaus

## Subventionen: Sparjahr eingeläutet

Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes in Millionen Euro

	2009	2010
Gewerbliche Wirtschaft allgemein	9.697	9.890
Gewerbliche Wirtschaft (ohne Verkehr)	9.734	3.655
– Bergbau	1.595	1.661
– Rationelle Energieverwendung und erneuerbare Energien	537	538
– Technologie- und Innovationsförderung	1.321	396
– Hilfen für bestimmte Industriebereiche	5.050	55
– Regionale Strukturmaßnahmen	1.231	1.005
Wohnungswesen	3.031	2.560
Verkehr	2.357	2.522
Sonstige Finanzhilfen und Steuervergünstigungen	2.069	2.500
Sparförderung und Vermögensbildung	1.489	1.763
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	1.088	1.549
<b>Insgesamt</b>	<b>29.465</b>	<b>24.439</b>

Sonstige Finanzhilfen und Steuervergünstigungen: überwiegend solche, die unmittelbar privaten Haushalten zugute kommen, aber das Wirtschaftsgeschehen in wichtigen Bereichen beeinflussen wie etwa Subventionen für Renovierungsaufwendungen und energetische Sanierungen; Steuervergünstigungen: Schätzung  
Quelle: Bundesregierung

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

können staatliche Gelder – siehe Umweltprämie – auch Notlagen und Krisen abfedern. Ein Blick auf die Subventionsstruktur zeigt allerdings, dass sich in den vergangenen Jahren eher ein Trend zur Dauersubventionierung abzeichnet: Die sogenannten Erhaltungshilfen in Höhe von 8 Milliarden Euro machen 2010 nicht nur den Löwenanteil der Subventionen des Bundes aus, ihr Volumen ist außerdem seit 2007 um rund 1 Milliarde Euro gestiegen.

Für die zukunftsgerichteten Produktivitäts- und Wachstumshilfen fällt die Bilanz hingegen negativ aus. Gab der Bund hierfür 2007 noch rund 4 Milliarden Euro aus, sind es dieses Jahr 800 Millionen Euro weniger.

Für Adressaufkleber